

Öffentliches Protokoll

Sitzung des Rates der Stadt Wedel

Sitzungstermin:	Donnerstag, 25.03.2021
Sitzungsbeginn:	19:00 Uhr
Sitzungsende:	21:52 Uhr
Ort, Raum:	Rist Forum, Am Redder 8, 22880 Wedel

Anwesend

Vorsitz

Michael Schernikau CDU

Mitglieder

Heidemargret Garling CDU

Kay Burmester CDU

Julian Fresch CDU

Christian Fuchs CDU

Jörg Keller CDU

Michael C. Kissig CDU

Jan Lüchau CDU

Christoph Matthiessen CDU

Stephan Schwartz CDU

Herbert Thomascheski CDU

Lothar Barop SPD

Rüdiger Fölske SPD

Sophia Jacobs-Emeis SPD

Heidi Keck SPD

Wolfgang Rüdiger SPD

Claudia Wittburg SPD

Aysen Ciker Bündnis 90 / Die Grünen

Rainer Hagendorf Bündnis 90 / Die Grünen

Petra Kärger Bündnis 90 / Die Grünen

Dr. Ralf Sonntag Bündnis 90 / Die Grünen

Dagmar Süß Bündnis 90 / Die Grünen

Willibald Ulbrich Bündnis 90 / Die Grünen

Olaf Wuttke Bündnis 90 / Die Grünen

Renate Koschorrek FDP

Nina Schilling FDP

Martin Schumacher FDP

Angela Drewes WSI

Gudrun Nagel WSI

René Penz WSI

Andreas Schnieber WSI

Patrick Eichberger DIE LINKE

Bastian Sue DIE LINKE

Dr. Detlef Murphy	DIE LINKE
Dennis Lobeck	Fraktionslos
<u>Jugendbeirat</u>	
Yolanda Kärger	Jugendbeirat
<u>Verwaltung</u>	
Jörg Amelung	
Niels Schmidt	Bürgermeister
Volkmar Scholz	
Gisela Sinz	
Niklas Viehmann	Protokollführung
Ralf Waßmann	

Abwesend

<u>Mitglieder</u>		
Meltem Adal	SPD	entschuldigt
Andrea Spangenberg	FDP	entschuldigt
Gabriele Ulm	Fraktionslos	entschuldigt
<u>Umweltbeirat</u>		
Bianka Sievers	Umweltbeirat	entschuldigt
<u>Jugendbeirat</u>		
Vivian Müller	Jugendbeirat	entschuldigt
Anton Gotzes	Jugendbeirat	entschuldigt
<u>Seniorenbeirat</u>		
Renate Krüger-Moore	Seniorenbeirat	entschuldigt
Helga Nikodem	Seniorenbeirat	entschuldigt

Gäste:

3 Einwohner*innen
1 Vertreter der örtlichen Presse

Der Stadtpräsident Herr Schernikau begrüßt die Anwesenden, stellt die ordnungs- und fristgerechte Ladung sowie die Beschlussfähigkeit des Gremiums durch Anwesenheit von 35 Ratsmitgliedern fest und eröffnet die Sitzung. Er weist auf die vorherrschenden Rahmenbedingungen dieser Sitzung und das anvisierte Sitzungsende von 21:30 Uhr hin.

Frau Jacob-Emeis beantragt, eine Redezeitbegrenzung für diese Sitzung, mit Ausnahme der Haushaltsreden, von drei Minuten einzuführen.
Der Antrag wird mit 21 Ja und 14 Nein angenommen.

Es liegen keine Änderungswünsche zur Tagesordnung vor.

Die Ratsmitglieder beschließen einstimmig den Ausschluss der Öffentlichkeit für die Beratung der nichtöffentlichen Tagesordnungspunkte 16 - 19.2.

Damit kann die Tagesordnung in der nachstehenden Reihenfolge beraten werden:



Tagesordnung

Öffentlicher Teil

- 1 Einwohnerfragestunde
- 1.1 Antworten der Verwaltung zu vorangegangenen Fragen
- 1.2 Aktuelle Fragen der Einwohner*innen
- 2 Genehmigung des öffentlichen Teils des Protokolls der Sitzung vom 17.12.2020
- 3 Nachbesetzung von Gremien
- 3.1 Antrag der WSI Fraktion ANT/2021/007
Hier: Nachbesetzungen von Gremien
- 3.2 Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen ANT/2021/008
Hier: Nachbesetzung von Gremien GWA
- 4 Anregungen / Beschwerde nach § 16 e Gemeindeordnung SH BV/2021/014
hier: Bekanntmachungen, Werbung, Corona-
Informationsseite auf der städtischen Internetseite
- 4.1 Antrag der SPD Fraktion ANT/2021/010
hier: Antrag auf Vertagung des TOP 4 der Ratssitzung
25.03.2021
- 4.2 Entwurf des Antwortschreibens des Bürgermeisters zur ANF/2021/021
Anregung/Beschwerde nach § 16e GO
- 5 Resolution zur Finanzierung der Schulsozialarbeit ANT/2021/005
- 6 Kindertagesstätten in Wedel; BV/2020/109
Trägervergabe Kita "Löwenzahn"
- 7 Neubau Südflügel Gebrüder-Humboldt-Schule - BV/2020/097-1
Baubeschluss und Festlegung energetischer Standard
- 8 Rahmenplan Wedel Nord
- 8.1 Empfehlungsbeschluss des Planungsausschusses für den Rat BV/2021/006
hier: Interfraktioneller Antrag, Fraktionen CDU, SPD, FDP,
Die Linke (ANT/2020/036) zum Thema Rahmenplan Wedel
Nord
Teil 1
- 8.2 Empfehlungsbeschluss des Planungsausschusses für den Rat BV/2021/007
hier: Interfraktioneller Antrag, Fraktionen CDU, SPD, FDP,
Die Linke (ANT/2020/036) zum Thema Rahmenplan Wedel
Nord
Teil 2
- 9 Verlegung der B431
- 9.1 Empfehlungsbeschluss des Planungsausschusses für den Rat BV/2021/009
hier: Interfraktioneller Antrag, Fraktionen CDU, SPD, Die
Grünen, FDP und Die Linke (ANT/2020/035) zur Verlegung
der B 431
Teil 1



9.2	Empfehlungsbeschluss des Planungsausschusses für den Rat hier: Interfraktioneller Antrag, Fraktionen CDU, SPD, Die Grünen, FDP und Die Linke (ANT/2020/035) zur Verlegung der B 431 Teil 2	BV/2021/010
10	Unterführung der S-Bahn	
10.1	Empfehlungsbeschluss des Planungsausschusses für den Rat hier: Interfraktioneller Antrag, Fraktionen SPD, FDP, Die Linke (ANT/2020/037) zur Unterführung der S-Bahn	BV/2021/011
11	Haushalt 2021	
11.1	Stellenplan 2021	BV/2020/087
11.2	Haushaltssatzung 2021	BV/2020/081-1
11.3	Anträge zum Haushalt 2021	
11.3.1	Interfraktioneller Antrag Bündnis 90 / Die Grünen und CDU Hier: zum Haushalt 2021 "UV-C-Desinfektionsgeräte bzw. bestmögliche technische Verfahren zur Entkeimung von Luft in Klassenräumen der weiterführenden Schulen in Wedel"	ANT/2021/009
11.3.2	Interfraktioneller Antrag der Fraktionen SPD, FDP, DIE LINKE, Fraktionslose Ulm und Lobeck hier: zum Haushalt 2021 "Ausstattung der weiterführenden Schulen mit Luftfilteranlagen"	ANT/2021/011
11.3.3	Antrag der WSI Fraktion Hier: zum Haushalt "Änderungsantrag zu den Anträgen von CDU/ Grüne und SPD, FDP, Linke betreffend der Bereitstellung von Haushaltsmitteln für Schutzmaßnahmen an den weiterführenden Schulen vor Corona."	ANT/2021/012
11.3.4	Antrag der WSI-Fraktion hier: Antrag zum Haushalt 2021 "Städtsche Wohngesellschaft"	ANT/2021/004
12	Änderung der Hauptsatzung der Stadt Wedel	
12.1	1. Nachtragssatzung zur Änderung der Hauptsatzung der Stadt Wedel	BV/2020/106
12.2	Beschluss über die Veröffentlichung von Informationen in den Zeitungen bei Bekanntmachungen im Internet	BV/2020/107
13	Wahl der städtischen Vertretung in der Verbandsversammlung des kommunal IT - Zweckverbandes Schleswig-Holstein	BV/2020/105
14	Wahl der Gemeindewahlleiterin/ des Gemeindewahlleiters für die Bürgermeisterwahl	BV/2020/103
15	Öffentliche Mitteilungen und Anfragen	
15.1	Cockpitbericht zum 31.12.2020	MV/2021/006
15.2	Bericht der Verwaltung	
15.3	Öffentliche Anfragen	



nichtöffentlicher Teil

- | | | |
|------|---|--------------|
| 16 | Genehmigung des nichtöffentlichen Teils des Protokolls der Sitzung vom 17.12.2020 | |
| 17 | Bebauungsplan Nr. 20 g, "Strandweg", Teilbereich Treppenviertel, Nord
hier: Städtebaulicher Vertrag | BV/2021/013 |
| 18 | Grundstücksangelegenheit Im BusinessPark Elbufer | BV/2020/098 |
| 18.1 | Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen
hier: Grundstücksangelegenheit im BusinessPark (BV/2020/098) | ANT/2021/006 |
| 19 | Nichtöffentliche Mitteilungen und Anfragen | |
| 19.1 | Bericht der Verwaltung | |
| 19.2 | Nichtöffentliche Anfragen | |

Öffentlicher Teil

- | | | |
|----|----------------------------------|--|
| 20 | Unterrichtung der Öffentlichkeit | |
|----|----------------------------------|--|



Öffentlicher Teil

1 Einwohnerfragestunde

1.1 Antworten der Verwaltung zu vorangegangenen Fragen

Es liegen keine vorangegangenen nicht beantworteten Fragen vor.

1.2 Aktuelle Fragen der Einwohner*innen

Frau Britta Möller fragt, ob man an der Altstadtsschule die Corona Selbsttests mit professioneller Hilfe unterstützen könne. Außerdem fragt sie zu dem Sachstand der Beschaffung von Smartboards und des Ausbaues des Dachgeschosses.

Herr Schmidt antwortet, dass die Tests in Verantwortung der Schule und nicht durch den Schulträger durchgeführt werden. Der Ausbau ist in Bearbeitung, jedoch ist hierbei vor allem der Brandschutz zu berücksichtigen. Die Anfrage zu den Smartboard soll Frau Möller per E-Mail einreichen.

2 Genehmigung des öffentlichen Teils des Protokolls der Sitzung vom 17.12.2020

Es gibt keine Einwände zu dem Protokoll.

Beschluss:

Der öffentliche Teil des Protokolls der Sitzung vom 17.12.2020 wird ohne Einwände genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig bei 5 Enthaltungen.

3 Nachbesetzung von Gremien

3.1 Antrag der WSI Fraktion

ANT/2021/007

Hier: Nachbesetzungen von Gremien

Herr Schnieber stellt den vorliegenden Umbesetzungsantrag der WSI vor.

Beschluss:

Der Rat beschließt die folgenden Nachbesetzungen:

1. Frau Angela Drewes als Mitglied des Planungsausschusses (Ratsmitglied)
 2. Frau Birgit Neumann-Rystow als Mitglied des Bildung-Kultur-und Sportausschusses (bürgerliches Mitglied)
 3. Herrn René Penz als Mitglied des Umwelt-Bau-und Feuerwehrausschusses (Ratsmitglied)
 4. Frau Birgit Neumann-Rystow als ordentliches Mitglied des Schulleiterwahlausschusses
 5. Frau Ingrid Paradies als ordentliches Mitglied im Kuratorium der Kindertagesstätten
 6. Frau Birgit Neumann-Rystow als stellvertretendes Mitglied im Kuratorium der Kinderta-
-

gestätten

7. Frau Angela Drewes als 1. stellvertretendes Mitglied des Umwelt-Bau-und Feuerwehrausschusses

8. Herrn René Penz als 4. Stellvertretendes Mitglied im Planungsausschuss

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig

3.2 Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen

ANT/2021/008

Hier: Nachbesetzung von Gremien GWA

Herr Wuttke trägt die beantragten Nachbesetzungen der Grünen für den Gemeindewahl-ausschuss vor.

Beschluss:
Der Rat beschließt,

Herrn Ralf Sonntag als Stellvertreter von Herrn Willi Ulbrich
und
Herrn Olaf Wuttke als Stellvertreter von Frau Karin Blasius

im Gemeindewahlausschuss zu benennen.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig

4 Anregungen / Beschwerde nach § 16 e Gemeindeordnung SH

BV/2021/014

**hier: Bekanntmachungen, Werbung, Corona-Informationseite
auf der städtischen Internetseite**

Herr Schernikau verliest den Beschlussvorschlag.

Herr Wuttke hält es für sinnvoll, dass sich die Politik mit dem Thema in einer der nächsten Sitzungen des Haupt- und Finanzausschusses damit befasst.

Herr Schmidt wird heute eine Antwort an die Fragestellerin übergeben.

Der von der SPD eingereichte Vertagungsantrag wird nicht eingebracht, da das Thema wedel.de als eigener Tagesordnungspunkt im HFA beraten werden soll.

Herr Sue erläutert, dass eine der Kernforderungen der Fraktion DIE LINKE ist, keine Werbung auf der städtischen Internetadresse wedel.de zu zeigen. Er zeigt dazu Ausdrücke von wedel.de und von Internetadressen anderer Mittelstädte und weist auf den vergleichsweise erheblichen Anteil der Werbung bei wedel.de hin.

Er fragt, wer der Domaininhaber von wedel.de sei und wieso der Facebookauftritt der Stadt zu wedel.de, der „offizieller Stadtaccount“ in der Beschreibung enthielt, gelöscht wurde.

Herr Schmidt antwortet, dass die Domain der Stadt gehöre. Die Frage zum Facebookauftritt kann Herr Schmidt nicht beantworten, diese solle Herr Sue per E-Mail stellen.

Herr Fölske erläutert, dass es wichtig sei, sich mit dem Thema zu befassen und dringender Gesprächsbedarf vorliege. Daher soll das Thema auch in die nächste Sitzung des HFA.

Anschließend lässt der Stadtpräsident über die Vorlage abstimmen.

Beschluss:

Der Rat beschließt die vorliegende Anregung / Beschwerde nach § 16 e GO zuständigkeits- halber an den Bürgermeister weiterzuleiten.

Abstimmungsergebnis:

26 Ja

4 Nein (1x Bündnis 90 / Die Grünen, 3 x DIE LINKE)

5 Enthaltungen (5x Bündnis 90 / Die Grünen)

-
- | | | |
|------------|---|---------------------|
| 4.1 | Antrag der SPD Fraktion | ANT/2021/010 |
| | hier: Antrag auf Vertagung des TOP 4 der Ratssitzung | |
| | 25.03.2021 | |

Der Antrag wird nicht eingebracht.

-
- | | | |
|------------|---|---------------------|
| 4.2 | Entwurf des Antwortschreibens des Bürgermeisters zur Anregung/Beschwerde nach § 16e GO | ANF/2021/021 |
|------------|---|---------------------|

Das Antwortschreiben des Bürgermeisters wird zur Kenntnis genommen.

-
- | | | |
|----------|--|---------------------|
| 5 | Resolution zur Finanzierung der Schulsozialarbeit | ANT/2021/005 |
|----------|--|---------------------|

Herr Barop stellt die Resolution vor. Der BKS hat in seiner Sitzung bereits darüber gesprochen. Es wurde von allen Fraktionen eine Empfehlung ausgesprochen.

Beschluss:

Der Rat beschließt, die Resolution zur umfänglichen Sicherstellung der Finanzierung der Schulsozialarbeit zu verabschieden.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen.

-
- | | | |
|----------|--|--------------------|
| 6 | Kindertagesstätten in Wedel;
Trägervergabe Kita "Löwenzahn" | BV/2020/109 |
|----------|--|--------------------|

Herr Barop bringt die Vorlage ein.

Beschluss:

Der Rat beschließt, die Evang. Luth. Kirchengemeinde Wedel mit der Trägerschaft der Kindertagesstätte „Löwenzahn“ mit 1 Krippen- und 2 Elementargruppen ab dem 01.01.2022 zu betrauen. Die notwendigen Personal- und Sachkosten für den Betrieb der Einrichtung werden auskömmlich defizitär auf der Basis des nachzuweisenden erforderlichen Aufwands und im Hinblick auf die Fördervoraussetzungen, die sich aus dem KiTaG ergeben, finanziert.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen.

-
- | | | |
|----------|---|----------------------|
| 7 | Neubau Südflügel Gebrüder-Humboldt-Schule - Baubeschluss
und Festlegung energetischer Standard | BV/2020/097-1 |
|----------|---|----------------------|

Herr Hagendorf bringt die Vorlage ein. Der Umwelt-, Bau-, und Feuerwehrausschuss hat in seiner Sitzung vom 11.03.2021 die Energievariante 4a zur Umsetzung empfohlen.

Beschluss:

1) Der Rat beschließt den im Umwelt-, Bau- und Feuerwehrausschuss vorgestellten Vorent-



wurf und die Kostenschätzung.

2) Der Rat beschließt die vom Umwelt-, Bau- und Feuerwehrausschuss empfohlene Energievariante 4a für den Neubau des Südflügels GHS zu realisieren.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen.

8 Rahmenplan Wedel Nord

8.1 Empfehlungsbeschluss des Planungsausschusses für den Rat

hier: Interfraktioneller Antrag, Fraktionen CDU, SPD, FDP, Die Linke (ANT/2020/036) zum Thema Rahmenplan Wedel Nord

BV/2021/006

Teil 1

Herr Burmester als Vorsitzender des Planungsausschusses bringt die Vorlagen ein.

Er berichtet, dass der Themenkomplex (TOP 8-10) im Planungsausschuss umfänglich beraten wurde und heute fünf Abstimmungen erfolgen. 2020 habe ein neuer Entwurf für das ursprüngliche Vorhaben von 2016 vorgelegen. Seither sei das Thema Wedel Nord in 56 Sitzungen des Planungsausschusses und 50 Sitzungen eines Beirates diskutiert worden.

Auf Anreiz der SPD wurden dann interfraktionelle Gespräche dazu geführt. Die Ergebnisse daraus liegen heute in getrennten Beschlussvorlagen vor.

Herr Burmester bittet darum, in dieser Sitzung gemeinsam und ohne weitere Grundsatzdebatte den Weg für den Rahmenplan mit einer Bürgerbeteiligung zu ebnen. Die Argumente wurden bereits in über 100 Sitzungen dazu ausgetauscht.

Herr Schumacher führt aus, dass der Beschluss über die Aufstellung eines Rahmenplans für das Großprojekt Wedel Nord bereits im März 2017 gefasst wurde. Heute kann, insbesondere vor dem Hintergrund des Verzichts auf die Verlegung der Bundesstraße, der Startschuss für den neuen Stadtteil gegeben werden. Herr Schumacher hebt hervor, dass die SPD die interfraktionellen Beratungen angestoßen und bei wesentlichen Positionen Abstriche gemacht habe, um eine Einigung zu erzielen. Auch die FDP, CDU und DIE LINKE haben nicht auf die Maximalforderungen bestanden, was die drei interfraktionellen Anträge möglich gemacht habe.

Die FDP wird zustimmen.

Herr Penz führt für die WSI aus, dass diese die Beschlussvorlagen ablehnt. Die Annahme, dass mehr Wohnungen für geringere Mietkosten sorgen, werde nicht geteilt. Die Kosten für dieses Projekt seien erheblich und müssen vom Steuerzahler getragen werden. Hinzu kommt die Zerstörung von Naturflächen. Die Kommunen sollten ihre Außenbereiche schonen und die bereits bestehende Infrastruktur für Wohnungsbau nutzen. Das Thema der erhöhten Verkehrsbelastung solle vorher gelöst werden, die Nordumfahrung sei aber vom Tisch. Die WSI ist nicht gegen den Wohnungsbau, allerdings werden durch die derzeitigen, größeren Wohnungsbauprojekte in Wedel auch um die 1.000 neue Wohneinheiten erreicht.

Herr Wuttke weist darauf hin, dass die Grünen weit vor den interfraktionellen Anträgen der SPD, FDP und Linke einen schriftlichen Antrag vorgelegt haben, von dem sich viel in den vorliegenden Anträgen wiederfinde.

Die Grünen werden der Beschlussvorlage zustimmen, da weite Teile auch von den Grünen so vorgeschlagen wurden.

Beschluss:

Der Rat beschließt:

1. Der Rahmenplan für Wedel Nord wird baldmöglichst verabschiedet.
-

2. Der Aufstellungsbeschluss für den 1. B-Plan erfolgt möglichst zügig.
3. ...
4. Für die Anbindung dieser Erschließung an die Pinneberger Straße wird ein Kreisverkehr geprüft.
5. Die Verwaltung plant die Ertüchtigung der nach den vorliegenden Gutachten durch den 1. B-Plan von Wedel Nord betroffenen Kreuzungen.
6. Bestandteil des 1. B-Plans ist auch der Nord/Süd-Grünzug.
7. Einzelplanungen für Straßen, Wege, ÖPNV, Versorgungseinrichtungen, Grünzüge etc. im 1. B-Plan richten sich, sofern erforderlich, am Bedarf für den gesamten Rahmenplan aus.
8.
9. Beide Kitas werden im 1. BA errichtet, die östliche Kita möglichst umgehend, wenn möglich einschließlich der Aufstockung. Die zweite Kita kann in Kopplung mit der Seniorenanlage entstehen.
10. Die Verwaltung wird aufgefordert, frühzeitig Entscheidungen zum ÖPNV in Wedel Nord vorzubereiten.
11. Spätestens innerhalb von drei Monaten nach dem Aufstellungsbeschluss soll ein Bürgerbeteiligungsverfahren stattfinden.

Abstimmungsergebnis:

31 Ja

4 Nein (4x WSI)

0 Enthaltungen

8.2 Empfehlungsbeschluss des Planungsausschusses für den Rat

hier: Interfraktioneller Antrag, Fraktionen CDU, SPD, FDP, Die Linke (ANT/2020/036) zum Thema Rahmenplan Wedel Nord

BV/2021/007**Teil 2**

Die Grünen lehnen die Erschließung über die Variante 2 ab. Dies sei bei genauer Betrachtung lediglich eine kleine Variante der Nordumfahrung. Alles was gegen eine Nordumfahrung spräche, spricht auch gegen eine kleinere Straße, die mit hiesigen Steuermitteln bezahlt werden müsse. Die Investoren beteiligen sich lediglich an einem kleinen Abschnitt.

Beschluss:

Der Rat beschließt:

1. ...
 2. ...
 3. Die Erschließung erfolgt über die Variante 2, die Finanzierung dieser nördlicheren Variante erfolgt durch die Investoren
 4. ...
 5. ...
 6. ...
 7. ...
 8. Die Umsetzung erfolgt zunächst in den Quartieren 1 und 2, die Anzahl der Wohneinheiten beträgt max. 500, an geförderten WE sind 192 vorgesehen.
 9. ...
 10. ...
 11. ...
-

Abstimmungsergebnis:

24 Ja (11x CDU, 6x SPD, 3x FDP, 3x DIE LINKE, 1x Fraktionslos)

11 Nein (7x Bündnis 90 / Die Grünen, 4x WSI)

0 Enthaltung

9 Verlegung der B431

9.1 Empfehlungsbeschluss des Planungsausschusses für den Rat

hier: Interfraktioneller Antrag, Fraktionen CDU, SPD, Die Grünen, FDP und Die Linke (ANT/2020/035) zur Verlegung der B 431

BV/2021/009**Teil 1**

Herr Schumacher führt aus, dass die ersten Pläne zur Entlastung der Altstadt durch eine Umgehung bereits Jahrzehnte zurückreichen. Nun soll von der ursprünglichen Idee der Verlegung der B431 abgekehrt und eine kommunale Lösung verfolgt werden. Die abriegelnde Wirkung sei viel geringer bei der kommunalen Variante, große Lärmschutzwände und hohe Kosten entfallen dabei.

Herr Wuttke weist darauf hin, dass die Erkenntnisse zur Verlegung der B431 bereits länger gewonnen wurden und diese Idee damit auch bereits viel früher hätte begraben werden können. Die Grünen und die WSI haben im Dezember 2018 bereits einen Antrag gestellt, keine Planungsmittel für die Nordumfahrung in den Haushalt einzuwerben.

Beschluss:

Der Rat beschließt:

1. Alle Ratsbeschlüsse über eine Verlegung der Bundesstraße 431 werden aufgehoben.
2. Die Anmeldung der Projekte zum Bundesverkehrswegeplan wird zurückgezogen.
3. Der Trassenvergleich wird nicht weiterverfolgt.
4. ...

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

9.2 Empfehlungsbeschluss des Planungsausschusses für den Rat

hier: Interfraktioneller Antrag, Fraktionen CDU, SPD, Die Grünen, FDP und Die Linke (ANT/2020/035) zur Verlegung der B 431

BV/2021/010**Teil 2**

Herr Penz fragt die Verwaltung:

1. In welcher Höhe werden durch einen solchen Beschluss Gelder freigesetzt? Gemeint sind damit alle Mittel, die bisher eingeplant, aber noch nicht verbraucht waren, die im jetzigen Haushaltsentwurf hierfür vorgesehen sind, sowie die Mittel, die gegebenenfalls in zukünftige Ausgabenplanungen bereits eingestellt wurden.
 2. Hat die Verwaltung vor, die durch den Beschluss freiwerdenden Mittel auch für Planungskosten etc. für die von einigen Fraktionen als „kommunale“ Umfahrung angedachte Straße zu verwenden. Wenn ja, in welchem prozentualen Anteil?
-

Frau Sinz erläutert, dass es aus 2020 keine Mittelübertragung mehr gibt. 2019 waren es 1,2 Mio. Euro und in 2020 wären es 500.000 €. Der vorliegende Antrag stammt aus Dezember, da wäre eine Mittelübertragung noch möglich gewesen. Daher liegt heute keine Grundlage mehr für eine Entscheidung vor.

Der Tagesordnungspunkt wird daher einstimmig von der Tagesordnung abgesetzt.

Die Entscheidungsgrundlage ist entfallen.

10 Unterführung der S-Bahn

10.1 Empfehlungsbeschluss des Planungsausschusses für den Rat

hier: Interfraktioneller Antrag, Fraktionen SPD, FDP, Die Linke (ANT/2020/037) zur Unterführung der S-Bahn

BV/2021/011

Herr Schumacher erläutert, dass dieser Antrag seine Konsequenz aus den neuen Entwicklungen im Wohnungsbau und den Verzicht auf die Verlegung der Bundesstraße zieht. Damit das Autal künftig nicht zum Dauerstaugebiet, langfristig der S-Bahn Takt verbessert und die Straßenverbindung der Entlastung der Innenstadt dienen soll, müsse die S-Bahn langfristig unterführt werden. Die Untersuchungen über die Machbarkeit und die Schwere des Eingriffes seien im Rahmen der Bundesstraßenplanung erfolgt und die Grünen hatten seinerzeit ihre Zustimmung erteilt, die entsprechenden Umweltgutachten sind durch das Umweltministerium für ausreichend erachtet worden. Bereits 1991 soll es einen Brief der Bahn an die Stadt gegeben haben, mit der Aufforderung einer Unterführung zur Verbesserung der Verkehrssicherheit zuzustimmen. Dies wurde damals abgelehnt. Vor einem Jahr ist der kommunale Anteil nach dem Eisenbahnkreuzungsgesetz entfallen.

Frau Jacobs-Emeis bittet um Zustimmung, da Wedel Nord ohne die Unterführung nicht umgesetzt werden könne.

Herr Wuttke führt aus, dass es sich bei dem Prüfauftrag um eine richtungsweisende Prüfung handle. Dabei sei die Unterführung verkehrspolitisch unsinnig und teuer. Die Querung der Straße Autal mit der B431 / Rissener Straße sei ein Problem. Mit der Unterführung ginge die Zerstörung eines Natura2000 Gebietes einher. Die Ausläufer eines Tunnels und der entstehende Lärm sei ebenfalls nicht zu vernachlässigen. Die S-Bahnunterquerung in Tornesch wird als negatives Beispiel benannt. Die Grünen lehnen die Beschlussvorlage daher ab.

Die WSI geht nicht davon aus, dass die Bahn die Kosten dafür tragen wird und dass die Stadt selbst dafür aufkommen müsse. Sie lehnt die Beschlussvorlage daher ab.

Beschluss:

Der Rat beschließt:

Die Verwaltung klärt die Voraussetzungen und stellt die erforderlichen Anträge für die Unterführung der S-Bahn nach dem neuen EKrG, d.h. ohne kommunale Anteile.

Abstimmungsergebnis:

23 Ja (11x CDU, 6x SPD, 3x FDP, 2x DIE LINKE, 1x Fraktionslos)

11 Nein (7x Bündnis 90 / Die Grünen, 4x WSI)

1 Enthaltung (1x DIE LINKE)

11 Haushalt 2021

Herr Schernikau erläutert zunächst den Ablauf für die diesjährigen Haushaltsberatungen.

Zunächst startet der Bürgermeister mit seiner Stellungnahme zum Haushaltsentwurf 2021. Er führt aus, dass in diesem Jahr wie so vieles mehr auch die Haushaltsberatungen anders als gewohnt ablaufen. In 2020 hat die Corona Krise im Haushalt in Summe noch wenig Spuren hinterlassen, denn der Jahresabschluss lag deutlich im Plus. In 2021 wird die Stadt mit erheblichen Einnahmeeinbrüchen rechnen müssen. Dabei ist unklar, in wie weit Bund und Land Unterstützungsmaßnahmen leisten werden. Der Haushaltsentwurf 2021 mit einem Volumen von über 100 Mio. Euro bilde alle politischen Schwerpunkte und Projekte ab, stelle ein stabiles soziales und kulturelles Angebot sicher und verzichtet weitgehend auf eine stärkere Belastung der Bürger*innen. Allerdings entstehe dabei ein geplantes Defizit von 10 Mio. Euro. Viele externe Faktoren wie die Änderung der Kita-Finanzierung, die Reform des kommunalen Finanzausgleiches und die coronabedingten Steuerausfälle spielen eine maßgebliche Rolle bei der Verschlechterung der Finanzlage in Wedel. Die Stadt selbst müsse allerdings mit Schwerpunktsetzung und Priorisierung auf der Ausgabenseite entgegenwirken. Herr Schmidt verweist dabei auf die anstehenden Beratungen zur Haushaltskonsolidierung. Er bittet um die Zustimmung einer breiten Mehrheit zum abschließenden Haushaltsentwurf, um gemeinsam die Verantwortung zu tragen.

Dann bringt Herr Kissig als Vorsitzender des Haupt- und Finanzausschusses den Haushalt ein. Er beginnt ebenfalls wie Herr Schmidt mit einem Hinweis auf die besonderen Umstände, die diesem Haushaltsentwurf zugrunde liegen. Das Jahr 2020 wurde mit einem Plus von knapp 7 Mio. Euro gegenüber der Haushaltsplanung, die ein Defizit von rund 5 Mio. Euro vorsahen, abgeschlossen. Ursache dafür waren hauptsächlich unabsehbare hohe Steuernachzahlungen einiger Gewerbebetriebe.

Für die Jahre 2018 und 2019 habe die Stadt Fehlbedarfsszuweisungen in Höhe von fast 3 Mio. Euro erhalten. Diese entfallen aufgrund des positiven Ergebnisses für 2020 und können somit nicht im 2021er Haushalt veranschlagt werden. Für 2020 müsse Wedel zusätzlich höhere Kreisumlagebeträge abführen und wieder in den kommunalen Finanzausgleich einzahlen. Insgesamt stünde Wedel damit schlechter da als ohne die Zusatzeinnahmen.

Der Haushalt benötige eine Genehmigung aus Kiel. Der Innenminister könne dabei Auflagen hinsichtlich der Höhe des Investitionsbudgets auferlegen, sodass ggf. Investitionen gekürzt werden müssen. Eine Wirkung könne der Haushalt also frühestens zur Jahresmitte entfalten.

Der vorliegende Haushaltsentwurf ist mit breiter Mehrheit im Haupt- und Finanzausschuss empfohlen worden.

Anschließend werden die vorliegenden Änderungsanträge eingebracht. Die Ausführungen für die Einbringung der Anträge sind unter den jeweiligen TOPS unter 11.3 aufgeführt.

Nun werden die Haushaltsreden der Fraktionen vorgetragen.

Für die CDU beginnt Herr Kissig seine Ausführungen damit, dass der vorliegende Haushaltsentwurf viele Aspekte enthalte, die von der CDU kritisiert werden. Er zeige keinen Sparwillen und es fehlen die dringend benötigten Maßnahmen, um das strukturelle Defizit von mehr als 10 Mio. Euro auszugleichen. Der Haushaltsentwurf sei nicht zukunftsfähig, dennoch werde die CDU zustimmen. Inzwischen liege das vom Bürgermeister auf Anregung der CDU erstellte Konsolidierungskonzept vor. Eine Befassung damit in den Ausschüssen und im Rat solle im Mai erfolgen, nachdem im März der Haushalt für 2021 verabschiedet wurde. Daher könne das Konzept für 2021 keine positive Wirkung entfalten. Die Verzögerung sei nicht dem mangelnden Sparwillen, sondern der Corona Pandemie geschuldet.

Herr Kissig kündigt für den Haushalt 2022 an, dass die CDU nur zustimmen werden, wenn die anstehenden Beschlüsse zur Haushaltskonsolidierung erhebliche und substanzielle Ergebnisverbesserungen erzielen.

Wedel befinde sich in einer Haushaltsnotlage. In den letzten 15 Jahren sei das Eigenkapital

der Stadt um drei Viertel geschrumpft. Das strukturelle Defizit könne mit Steuererhöhungen allein nicht ausgeglichen werden, denn hierfür sei eine Erhöhung des Grundsteuerhebesatzes von 425 % auf 1075 % notwendig. Dies werde die CDU niemals mittragen. Die Haushaltssanierung könne daher nur mit Einsparungen, strukturellen Veränderungen und vertretbaren Einnahmeverbesserungen geschehen.

Frau Koschorrek für die FDP hebt zunächst die positiven Aspekte dieses Haushaltsentwurfes hervor. Die Schulen in Wedel werden im kommenden Jahr mit ökologisch wertvollen Anbauten versehen mit einem Gesamtvolumen in Höhe von rund 17 Mio. Euro. Die Steinberghalle wird für rund 3 Mio. Euro modernisiert. Das große Wohnungsbauprojekt Wedel Nord mit einer großen Zahl von günstigen Wohnungen wurde soeben auf den Weg gebracht. Auch die Planung dringend notwendiger Kita-Plätze gehe voran. Für das Thema Verkehr gibt es eine Arbeitsgruppe Mobilität. Die Entwicklung des Businessparks schreitet weiter voran und große Wohnungsbauprojekte an der Rissener Straße und der Hafenstraße sind auf einem guten Weg. Negativ hebt Frau Koschorrek den Umgang der Politik und Verwaltung mit dem Thema Luftreiniger hervor. Sie bedankt sich bei den Rotariern, die vor Weihnachten für 80.000 Euro alle 80 Grundschulklassen mit effektiven Luftreinigern ausgestattet habe. Sollten diese Luftreiniger auch für die weiterführenden Schulen beschafft werden, so käme auf die Stadt ein Betrag von 115.000 Euro zu. Hinzugezogen mit den Fachräumen läge der Preis somit bei 78 Euro pro Schulkind. Das Geld hierfür könne an anderer Stelle eingespart werden.

Die FDP stimmt dem vorliegenden Haushalt 2021 zu.

Herr Fölske trägt die Haushaltsrede der SPD vor. Er beginnt mit einem Rückblick auf das Pandemiejahr 2020. Niemand wisse, wie sich das kommende Jahr entwickeln werde. Dies beginne bei dem Einwilligungsvorbehalt des Innenministeriums und gehe bis zu den Unwägbarkeiten der pandemischen Einflüsse auf unser Leben, unsere Gesellschaft und Wirtschaft in den kommenden Monaten. Der vorliegende Haushalt werde als Übergangshaushalt angesehen. Er solle ein Handeln in Pandemiezeiten ermöglichen und Zeit geben, die Zeit nach der Pandemie zu gestalten. Die Zustimmung der SPD sei mit wichtigen Kriterien verbunden, die entscheidend für die Zukunftsfähigkeit der Kommune seien.

1. Bund und Länder müssen die Verantwortung der Kommunen für die Gesellschaft stärken. Die Stadt solle sich nicht totsparen müssen, weil Bund und Land unzureichende Mittel an die Kommunen verteile. Auch die Pandemiekosten dürfen keinen Zwang zum Totsparen verursachen, das müssten Bund und Land sicherstellen. Bürgermeister, Rat, Kreis und die Verbände müssen mit mehr Durchsetzungsvermögen die Unterfinanzierung anprangern und für Verbesserung sorgen.
2. Die SPD will eine handlungsfähige, zukunftsfähige und lebenswerte kommunale Gemeinschaft aller Bürgerinnen und Bürger Wedels, zum Beispiel durch die Initiierung von Wedel Nord und die Digitalisierung der Wedeler Schulen und Unternehmen. Dazu gehört die offene Diskussion über die 2020 beschlossene Haushaltskonsolidierung und eine schnellstmögliche Umsetzung zum Haushalt 2022. Eine weitere Verzögerung der dringenden Veränderungen sei verantwortungslos.
3. Um die Stadt Wedel sicher durch das Jahr 2021 zu führen und eine gute Zukunft vorzubereiten, sollte im September 2021 über einen Nachtragshaushalt entschieden werden, der alle notwendigen Erkenntnisse aus den ersten Monaten 2021 aufnimmt und den notwendigen haushälterischen Rahmen schafft, um 2021 sinnvoll zu beenden. 2022 und 2023 sollte mit einem Doppelhaushalt geplant werden, um die Grundlage zu schaffen, das Konsolidierungspaket durch einen 2 Jahreshaushalt kraftvoll umzusetzen.

Herr Dr. Murphy führt für die Fraktion DIE LINKE aus, dass seit der Krise eine größere soziale Spaltung zu beobachten sei. Die Schwachen werden besonders hart von der Pandemie getroffen. Die kommunale Daseinsvorsorge müsse eine größere Bedeutung bekommen, daher sei es die Pflicht der Stadt, die Verantwortung über ihre Bürger*innen zu übernehmen. Gerade jetzt seien die Bürger*innen auf eine funktionierende soziale Infrastruktur ange-

wiesen. Der Haushalt in seiner vorliegenden Form sei vielleicht der letzte seiner Art vor der strukturellen Veränderung. Herr Murphy fordert mehr kommunales Engagement. Negativ hebt er die hohen und wachsenden Kosten des Wedeler Hafens sowie die Ablehnung einer kommunalen Wohnungsgesellschaft hervor. DIE LINKE wird dem Haushalt dennoch zustimmen.

Herr Schnieber trägt für die WSI vor, dass mit diesem Haushalt ein schwer kalkulierbares Risiko eingegangen werde. Er erwarte einen Haushalt, dessen Zahlen verständlich dargelegt werden. Zukünftig solle mit einem Erläuterungsband gearbeitet werden. Die WSI lehnt diesen Haushalt ab. Er sei lediglich ein Übergangshaushalt. Die Auswirkungen der Konsolidierung seien noch nicht vorhersehbar. Die große Mehrheit des Rates verweigere sich der Problemlösung im Wohnungsmarkt. Es werden falsche Stadtentwicklungsentscheidungen getroffen, die unökologisch, veraltet und finanzpolitisch blauäugig seien. Diesmal sagt die WSI Nein zu dem Haushaltsentwurf, um rechtzeitig auf die Bremse zu treten. Unterstützungswertes wie die Schaffung von Wohnunterkünften und die Bereitstellung von finanziellen Mitteln für Vereine und Verbände sollen in Zukunft noch möglich sein. Herr Schnieber übt Kritik an der aktuellen Zusammenarbeit unter den Fraktionen und einzelnen Ratsmitgliedern.

Herr Wuttke konnte für die Grünen beobachten, dass Corona nicht nur negative Auswirkungen hatte. Die Solidarität in Wedel sei stark angestiegen. So habe der Wedeler Hilfsfond von Stadt, Stadtparkasse und Bürger*innen eine große Summe für gemeinsame Hilfen aufgebracht. Erfreulich aus der Sicht von Herrn Wuttke sind auch die Beobachtungen, dass eingefahrene Strukturen aufgeweicht wurden, um mit der neuen Situation umzugehen. Als Beispiel nennt er den Verzicht auf die Beibehaltung der Schuldenbremse und die damit verbundene Neuverschuldung. Es bestehe Raum für Veränderungen. Der Haushaltsentwurf sei in genau dieser Zeit entstanden. Herr Wuttke bedankt sich bei der Verwaltung, weist aber darauf hin, dass dennoch viel „alter Trott“ im Haushalt zu finden sei. Nach dem Haushaltsbeschluss wird sich der Rat erneut mit dem Haushalt befassen müssen, wenn dieser mit Auflagen zur Kürzung aus Kiel zurückkomme. Dieser Haushalt sei zu wenig in die Zukunft gerichtet und stecke noch zu sehr in der Vergangenheit. Die Grünen wünschen sich ein neues Denken für die Zukunft. Sie werden dem Haushalt 2021 zustimmen.

Im Anschluss an die Haushaltsreden geht es in die Diskussion über die gestellten Anträge. Frau Keck berichtet, dass die Luftfilter leise, schnell zu beschaffen und damit die einzige Lösung für die Schulen seien.

Die Wohnungsbaugesellschaft werde auf Stadtebene in Wedel nicht als gute Idee erachtet. Wedel sei nicht in der Lage ein solches Projekt alleine zu stemmen. Die SPD unterstütze den kommunalen Wohnungsbau aber Wedel sei dafür nicht groß genug. Dies sei eventuell ein Thema auf Kreisebene.

Frau Schilling ist erfreut, dass alle Fraktionen etwas für die weiterführenden Schulen beim Thema Infektionsschutz tun wollen. Die FDP sei schon länger dabei, dass Thema voranzutreiben, fünf Monate lang wurde Desinteresse der anderen Fraktionen signalisiert. Mit dem Antrag der CDU und Grünen werde nun signalisiert, dass die von den Rotariern angeschafften Geräte nicht gut seien. Dabei seien diese leise und günstig. Die Filter können im Hausmüll entsorgt werden, wohingegen die UV-Röhren auf den Sondermüll gehören. Die veranschlagten Kosten von 300.000 Euro werden für die UV-Entkeimungsgeräte nicht ausreichend sein. Die FDP lehnt die anderen Anträge zu diesem Thema ab.

Frau Wittburg erklärt, dass die SPD den Antrag der CDU und Grünen ablehne, da mit diesen Geräten eine bauliche Veränderung erfolgen müsse. Der Aufbau sei zu aufwendig. Auch wird die erneute Befassung in BKS und Rat kritisiert, dadurch ginge wertvolle Zeit verloren. Die SPD lehnt daher auch den Antrag der WSI ab.



Frau Kärigel vom Jugendbeirat appelliert an die Ratsmitglieder keine vorschnelle Entscheidung zu treffen und verdeutlicht, dass eine technische Variante gewählt werden soll, die möglichst leise ist, um die Konzentration der Schüler*innen nicht zu stören.

Das Ratsmitglied Frau Kärigel kritisiert die Luftreiniger dahingehend, dass sogar die Testsieger mit 50db Lärm erzeugen, der die Konzentration stört. Die UV-C Geräte seien eine langfristige Investition. Diese werden an der Decke befestigt und es müssen nur alle 3 Jahre die Lampen ausgetauscht werden. Eine Luftumwälzung durch die Luftreiniger mit Filter sei nur schwer möglich, wenn die Geräte auf den Boden gestellt werden.

Herr Schernikau stellt fest, dass das anvisierte Sitzungsende von 21:30 Uhr erreicht ist. Damit wird nur noch der aktuelle Tagesordnungspunkt Haushalt 2021 durchgeführt und die Sitzung anschließend beendet. Die übrigen Tagesordnungspunkte werden in einer Folgesitzung am 01.04.2021 abgehandelt.

Die Linken unterstützen den Antrag zur Wohnungsgesellschaft.

Herr Fresch betont, dass die technischen Geräte lediglich der Unterstützung zu dem Lüften dienen. Die CDU und Grüne gehen von einer Absprache mit den Schulleitungen aus. Es gehe allen um den bestmöglichen Schutz für alle, die sich in den Schulen aufhalten. Die Fragen und Zweifel an den Luftfiltern bestehen nach wie vor.

Herr Schnieber führt aus, dass die Summe erst zur Verfügung stehe, wenn der Haushalt genehmigt wird. Der Antrag der WSI legt anders als die anderen beiden Anträge eine Zuständigkeit durch den BKS fest. Ebenso wird keine Festlegung auf ein technisches Verfahren vorgegeben. Es sollte darauf geachtet werden, dass für alle Schulen rechtzeitig und gleichzeitig solche Möglichkeiten geschaffen werden.

Herr Kissig argumentiert gegen die Wohnungsgesellschaft, dass diese ein Millionengrab werde und sich nicht rechne. Die Aussage, dass der Verband des Vertreters ein Gegenpol zu kommunalen Wohnungsgesellschaften sei, stimme nicht. Das Ziel sei es, günstigen Wohnraum zu schaffen. Dazu sollte versucht werden, Kooperationsgespräche mit ansässigen Wohnungsgesellschaften zu führen, um im Rahmen der Vergabe von Erbbaurechten an diese Gesellschaften Belegungsrechte und sozialen Wohnungsbau zu sichern.

Nach einigen weiteren Wortbeiträgen zu den Anträgen leitet der Stadtpräsident in die Abstimmungen über.

11.1 Stellenplan 2021

BV/2020/087

Beschluss:

Der Rat beschließt den Stellenplan für das Haushaltsjahr 2021 als Bestandteil der Haushaltssatzung 2021.

Abstimmungsergebnis:

30 Ja

3 Nein (3x WSI)

2 Enthaltungen (1x WSI, 1x Fraktionslos)

11.2 Haushaltssatzung 2021

BV/2020/081-1

Die Haushaltssatzung wird mit den aktuellen Zahlen sowie den Auswirkungen des unter 11.3.1 getroffenen Beschlusses - Es werden 300.000 € mit Sperrvermerk im Haushalt 2021



für das bestmögliche technische Verfahren zur Entkeimung von Luft in Klassenräumen der weiterführenden Schulen in Wedel bereitgestellt.- ergänzt.

Beschluss:

Der Rat beschließt die Haushaltssatzung 2021.

Abstimmungsergebnis:

30 Ja

5 Nein (4x WSI, 1x Fraktionslos)

0 Enthaltungen

11.3 Anträge zum Haushalt 2021

11.3.1 Interfraktioneller Antrag Bündnis 90 / Die Grünen und CDU

Hier: zum Haushalt 2021 "UV-C-Desinfektionsgeräte bzw. bestmögliche technische Verfahren zur Entkeimung von Luft in Klassenräumen der weiterführenden Schulen in Wedel"

ANT/2021/009

Frau Kärgel bringt diesen Antrag für die Grünen und die CDU ein. Sie habe im Abendblatt gelesen, dass die vorgeschlagene Technik eine hervorragende Möglichkeit sei, die Luft zu entkeimen und mit UV-Strahlen die Keime abzutöten. Es handle sich um ein kostengünstiges System. Zunächst solle mit einem Gerät pro Raum gestartet werden. Zusätzlich zu den Entkeimungsgeräten müsse weiterhin Luftaustausch durch regelmäßiges Lüften durchgeführt werden. Besonders wichtig in den Schulen sei es, dass die eingesetzte Technik sehr leise ist, um die Konzentration der Schüler*innen nicht zu stören. Die betroffenen Schulleitungen sollen in den Prozess mit eingebunden werden und den Neuerungen zustimmen. Die Luftreinigungsgeräte mit einem Filter werden abgelehnt, da diese zu laut für den Einsatz in den weiterführenden Schulen seien.

Beschluss:

1. Es werden 300 000 € mit Sperrvermerk im Haushalt 2021 für das bestmögliche technische Verfahren zur Entkeimung von Luft in Klassenräumen der weiterführenden Schulen in Wedel bereitgestellt.
2. Für eine zeitnahe politische Entscheidung zu einem Verfahren ist es zunächst erforderlich, dass die Verwaltung
 - a) die Schulen/Schulleitungen beim Auswahlverfahren der Technik beteiligt und deren Interessen berücksichtigt,
 - b) Funktionsweise/Eignung von u.a. UV-C-Desinfektionsgeräten geprüft und dargestellt werden (Wirkung, Lärmemissionen, Montageaufwand/-kosten, Wartungs- und Entsorgungskosten),
 - c) mit Schulen/Institutionen zum Erfahrungsaustausch Kontakt aufnimmt, die u.a. UVC-Desinfektionsgeräte in Funktion haben (zu Lärmemissionen, Wartungsaufwand etc.).
3. Dem BKS/Rat wird eine Beschlussvorlage vorgelegt, auf deren Basis eine Entscheidung zu Luftdesinfektionsgeräten bzw. alternative Techniken getroffen werden kann - dazu zählt auch die Stellungnahme der weiterführenden Schulen.

Abstimmungsergebnis:

18 Ja (11x CDU, 7x Bündnis 90 / Die Grünen)

12 Nein (6x SPD, 3x DIE LINKE, 3x FDP)

5 Enthaltungen (4x WSI, 1x Fraktionslos)

11.3.2 Interfraktioneller Antrag der Fraktionen SPD, FDP, DIE LINKE, Fraktionslose Ulm und Lobeck**ANT/2021/011****hier: zum Haushalt 2021 "Ausstattung der weiterführenden Schulen mit Luftfilteranlagen"**

Frau Wittburg bringt diesen Antrag für die SPD, FDP, DIE LINKE und die fraktionslosen Ulm und Lobeck ein.

Den Antragstellenden ist es besonders wichtig, dass ein zeitnahes agieren möglich sei. Die vorgeschlagenen Geräte sind die einzigen, die heute gekauft und morgen aufgestellt werden können. In den Grundschulen sind diese Geräte bereits im Einsatz und es gebe keine Beschwerden. Die Unfallkasse Nord unterstützt die vorgeschlagene Technik.

Beschluss:

Der Antrag wird abgelehnt.

Abstimmungsergebnis:

13 Ja (6x SPD, 3x FDP, 3x DIE LINKE, 1x Fraktionslos)

18 Nein (11x CDU, 7x Bündnis 90 / Die Grünen)

4 Enthaltungen (4x WSI)

11.3.3 Antrag der WSI Fraktion**Hier: zum Haushalt "Änderungsantrag****zu den Anträgen von CDU/ Grüne und SPD, FDP,****ANT/2021/012****Linke betreffend der Bereitstellung von Haushaltsmitteln für Schutz-****maßnahmen an den weiterführenden Schulen vor Corona."**

Herr Schnieber stellt den Antrag der WSI vor. Er führt aus, dass dieser eine Korrektur der bereits gestellten Anträge der anderen Fraktionen sei. Die beantragten Haushaltsmittel von 300.000 Euro seien nicht ausreichend. Außerdem wird von der WSI noch kein Verfahren fest vorgegeben. Den Schüler*innen soll der bestmögliche Schutz gewährleistet werden, daher sei eine Preisbegrenzung unsinnig. Die nichtbenötigten Mittel könnten dann auch dem Haushalt zugefügt werden.

Beschluss:

Der Antrag wird ablehnt.

Abstimmungsergebnis:

3 Ja (3x WSI)

27 Nein (11x CDU, 6x SPD, 7x Bündnis 90 / Die Grünen, 3x FDP)

3 Enthaltungen (3x DIE LINKE, 1x WSI, 1x Fraktionslos)

11.3.4 Antrag der WSI-Fraktion**ANT/2021/004****hier: Antrag zum Haushalt 2021 "Städtische Wohngesellschaft"**

Herr Schnieber stellt den Antrag vor. Dieser wurde bereits im HFA am 15.03.2021 beraten und abgelehnt. Die Begründung der ablehnenden Fraktionen bezog sich vor allem auf den Vortrag eines Vertreters des Verbandes Norddeutscher Wohnungsunternehmen. Dieser war jedoch ein Lobbyist, der die Interessen seines Verbandes vertrat. Außerdem ging es bei dem Vortrag hauptsächlich um den Neubau von Wohnungen.

Beschluss:

Der Antrag wird abgelehnt.

Abstimmungsergebnis:

7 Ja (4x WSI, 3x DIE LINKE)

26 Nein (11x CDU, 6x SPD, 6x Bündnis 90/Die Grünen, 3x FDP)
2 Enthaltungen (1x Bündnis 90 / Die Grünen, 1x Fraktionslos)

Anschließend beendet der Stadtpräsident die Sitzung um 21:52 Uhr. Die ausstehenden Tagesordnungspunkte 12-20 werden in der folgenden Sitzung am 01.04.2021 abgehandelt. Zu dieser Sitzung wurde bereits mit der Einladung zu dieser Sitzung eingeladen. Die Protokollierung erfolgt separat.

Vorsitz:

Protokollführung:

Gez. Schernikau

Michael Schernikau

Gez. Viehmann

Niklas Viehmann

